Dresden 1882.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfge., durch die Post 1 Mark 75 Pfge. Numm. 10 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Expedition v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Berlin; — Rob. Klieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Stelzner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

27. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Insertionspreis für die Zeile 20 Pfge. Unter Rubrik „Eingesandt" Nr. 4 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von unbekannten Personen werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Alte Zeitungen kosten 10 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Schlage die Petitzeile 20 Pf.

Herm. König's Conditorei u. Wiener Café
7 Johannes-Allee — Walsenhausstrasse 7.
Grösstes Café der Residenz, Damenzimmer, Billardsälo, Lesezimmer mit in- u. ausländischen Zeitungen. Spielzimmer. Schattiger, staubfreier Garten.
Rendez-vous für Einheimische und Fremde.

Die **Tapisserie-Manufactur** von **Hartmann & Saam,**
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss
stellt nach beendeter Inventur einen grossen Posten Stickereien weit unter Kostenpreisen zum Ausverkauf.

25 Briefbogen und 25 Couverts,
englisches Format,
mit Monogrammen (2 beliebige Buchstaben, verschlungen), verpackt in einem eleganten Carton, 1 Mark. — Unser Sortiment besteht aus 312 verschiedenen Monogrammen.
Wilsdrufferstrasse **J. Bargou Söhne,** Wilsdrufferstrasse
Ecke der Sophienstrasse.

Nr. 168. Witterung vom 16. Juni: Barometer nach Chras Polstr., Wallstraße 19 (Abds. 7 U.) 743 Mill., seit gestern 7 Mill. gestiegen. Thermometerstr. n. Reaum.: Temper. 8¾° W., niedr. Temp. 8¼° W., höchste Temp. 11¾° W. Nordwestl. Wind. Regen. | Aussichten für den 17. Juni: Abnehmende nordwestliche Winde, abnehmende Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge. | **Sonnabend, 17. Juni.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Mit heute steht der parlamentarische Webstuhl stille. Er klapperte zuletzt noch recht vernehmlich, die Schifflein schossen emsiger denn je herüber und hinüber, aber ein Gespinnst kam nicht zum Vorschein. Es ist daher besser, daß einstweilen Zettel und Einschlag ruhen. Erst im Spätherbst wird sich der Reichstag als Weber wieder vor den Stuhl setzen, um die sozialen Reformgesetze zum Abschluß zu bringen. Jetzt würde doch nur Stückwerk geliefert oder das Gespinnst überhastet und verpfuscht werden. Natürlich opponirte die Fortschrittspartei aus Leibeskräften diesem so vernünftigen Ausweg. Bietet dasselbe doch die höchste Wahrscheinlichkeit, daß zur Besserung der sozialen Verhältnisse, zur Hebung des Lebensunterhaltes der Arbeiter, zur Schaffung eines goldenen Bodens für das Handwerk endlich Etwas gethan werden kann. Das ist aber gar nicht nach dem Herzen der fortschrittlichen Manchesterleute, der palästinensischen Freihändler. Zerrüttung des Handwerks, Auflösung der gewerblichen Verhältnisse in Flugsand, Hilfloslassen der Arbeiter — das sind die Strebeziele dieser Biedermänner, denn nur dann kann die Ausbeutung der menschlichen Arbeit durch das mobile Handelskapital wie bisher gefördert und die Anhäufung des Kapitals in immer wenigeren Händen fortgesetzt werden. Alles, was das Handwerk und die Arbeit organisch gestaltet und gliedert, aus ihrer Vereinzelung, Hilf- und Schutzlosigkeit herausreißt, sie rückenkräftig gegen die Uebermacht des Großkapitals macht, Alles Das haßt die freihändlerische Fortschrittspartei, wie eine Todsünde gegen den heiligen Mammonismus. Gerade aber Das bezwecken die 3 Gesetze über Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter und über Reform der Gewerbeordnung. Die Vertagung des jetzigen Reichstags bis zum Spätherbst ermöglicht das Zustandebringen dieser Gesetze; flugs widersetzt sich die Fortschrittspartei dieser Geschäfts- und Zeiteintheilung „aus politischen Gründen". Zum Glücke erfolglos, wie die Telegramme darthun.

Das eine Gute werden die viertägigen Reichstagsdebatten wenigstens haben, daß die Herren Bamberger und Lasker nicht mehr so dreist wie bislang „im Namen der deutschen Nation" sprechen. Das hat ihnen Bismarck denn doch versalzen. Die beiden Talmudisten liebten es vorzugsweise, den Namen des deutschen Volks zu mißbrauchen; man wird künftig, wenn sie es wieder wagen sollten, gut thun, anstatt „deutschen Volks" zu setzen „auserwählten". Das käme der Wahrheit näher; jedenfalls ist ihnen etwas mehr Bescheidenheit zu wünschen. Uebrigens muß man sich wundern, daß der Herr Reichskanzler sich soviel mit Leuten wie Richter und Bamberger beschäftigt. Diese Herren benutzen die Ehre, die ihnen Bismarck durch seine stundenlangen Entgegnungen erweist, als Fußschemel für ihr politisches und parlamentarisches Renommé. Eugen Richter bedankte sich ja noch ganz besonders für die große Berücksichtigung, die der Kanzler seinen Reden und seiner Person schenke. Keine unfreiwillige Reclame fernerhin für diese Herren! Es ist ja richtig, daß der Kanzler ihnen gehörig heimgeleuchtet hat. Auch die „Frankf. Ztg." bekennt, daß Bismarck mit seinen letzten Improvisationen mehr Glück gehabt hat, als mit vorbereiteten Darlegungen.

„Es giebt Naturen, die erst warm werden müssen, um sich voll und ganz zu geben, es giebt Streiter, die erst, wenn sie verwundet worden sind, ihre Stärke zeigen können. Zu diesen zählt der Kanzler, der überdies immer ein schneidiger Debatter gewesen ist."

Das Strafgericht Richters und Bambergers mag wohl verdient gewesen sein, für die Lebenszwecke der Nation genügt es nicht. Statt sich auf das Tabakmonopol zu klemmen, hätte der Kanzler sein wirthschaftliches Programm in den Grundzügen schärfer hervorkehren sollen. Der Steuer-Exekutor ist dem Volke mindestens ebenso verhaßt, als dem Kanzler. Will er diesen aus der Welt schaffen, so wird ihm das Volk nicht im Wege sein, nur darf er nicht an die Stelle des Exekutors Etwas stellen wollen, was dem Volke ebenso unsympathisch ist, also z. B. das Tabaksmonopol. Dieses ist nun freilich todt. ⅞ des ganzen Reichstags begruben es. Nicht minder erklärte der Reichstag eine fernere Erhöhung der Tabaksteuer für unzulässig. Das ist löblich, aber es langt doch nicht aus. Weder wurde der Reichsregierung Sparsamkeit eingeschärft, noch sie auf die steigenden Erträgnisse der laufenden Steuern hingewiesen, noch ihr die Börse und der Branntwein als nächste und passendste Steuerobjekte empfohlen. Diese blose Negative ist recht bedauerlich. Auf die eleganten Redewendungen Bennigsens ist nicht viel zu geben. Windthorst hielt seinen hannöverischen Landsmann mit Recht ein. Bennigsen hätte, wenn er an die Entstehungsgeschichte des deutschen Reichs erinnerte, auch an die bitteren Erfahrungen, die Andere dabei gemacht, denken sollen; die übrigen Deutschen hätten auch Gefühle und es sei rücksichtslos, nur preußische Gefühle gelten zu lassen. Es war wirklich überflüssig und taktlos von Bennigsen, auf die Ereignisse von 1866 zurückzukommen: seit Errichtung des deutschen Kaiserreichs giebt es nur Deutsche, die im Patriotismus wetteifern. Wollen die Nationalliberalen sich mit den Konservativen und dem Centrum verbinden, um die sozialen Reformen zu Stande zu bringen, so seien sie willkommen, die Voraussetzung aber ist, daß sie zwischen sich und der Fortschrittspartei das Tafeltuch zerschneiden.

Kairo wurde nicht blos vom Vizekönig Tewfik, sondern auch von den Generalkonsuln der europäischen Mächte und den französisch-englischen Finanzkommissarien verlassen. Die Staatsbehörden Egyptens sind augenblicklich in der Hafenstadt Alexandrien vereinigt. Jene Finanzkommissare und ihre Bureaux waren den Eingeborenen stets ein Dorn im Auge. In ihre Kassen strömten die den armen Fellahs abgeschundenen Steuern, damit die 11procentigen Zinsen der Staatsschuld an die Gläubiger in London und Paris bezahlt werden konnten. Alexandrien ist augenblicklich von Flüchtigen überfüllt. Die südlichen Häfen Europas schicken alle verfügbaren Dampfer nach den Nilmündungen, um von dort die geflüchteten Europäer heimzuführen. Es stehen, wie die „Nat.-Ztg." erwähnt, in Egypten nicht blos gewichtige politische Interessen auf dem Spiele, sondern auch die persönliche Sicherheit zahlreicher Unterthanen der europäischen Großstaaten. Im Jahre 1880 befanden sich in Egypten 30,000 Griechen, 16,000 Franzosen, 14,500 Italiener, 3000 Malteser, 2800 Oesterreicher, 1000 Spanier, 800 Deutsche — unter den in Alexandrien Ermordeten soll sich auch ein deutscher Kaufmann W. Biedermann befinden — und 700 Engländer. Die Ausschiffung von 18,000 Mann türkischer Truppen in Egypten würde für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung völlig ausreichen. Das Erscheinen aller anderen Truppen könnte das Signal zu einem furchtbaren Blutbad geben. Zu den versammelten Schiffen schickt Deutschland nun auch ein Kanonenboot, den „Habicht". Das Kreisen dieses Seevogels würde zwar den arabischen Pöbel nicht von der Mißhandlung deutscher Landesangehöriger abhalten; aber es ist immerhin nothwendig, daß sich die deutsche Flagge entfaltet, wo Europas Geschwader versammelt sind. Am peinlichsten ist Frankreich durch die egyptische Krisis berührt worden. Aus dem englischen Blaubuch und den Erklärungen des italienischen Ministers Mancini hat die Welt jetzt erfahren, daß Gambetta in seinem kurzen Regimente absichtlich die Wirren in Egypten so gefördert hat, um daraus einen Weltbrand zu entzünden. Er sah sich aber in seinem unsinnigen Thun sogar von England verlassen und Frankreich befand sich einer Allianz der drei nordischen Kaiserhöfe und Italiens gegenüber. Nur der schleunige Rücktritt Gambetta's rettete Frankreich vor einer Katastrophe. Frankreich muß jetzt die von Gambetta eingebrockte egyptische Suppe auslöffeln und die Franzosen sind über die Tollhäuslerpolitik Gambetta's so empört, daß derselbe demnächst in der Pariser Kammer sehr bittere Dinge zu hören bekommen wird. Die Franzosen werfen bereits ihrem Minister Freycinet Mangel an Muth vor, weil er die Abenteurerpläne Gambetta's nicht selbst in ihrer Gemeingefährlichkeit schonungslos enthüllte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 16. Juni.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Präsident ein Schreiben des Reichskanzlers mit, in welchem Anzeige von der Wahl Kämpffers im 7. sächsischen Reichstagswahlkreise erstattet wird. Abg. v. Jagdzewski theilt mit, daß die Polen zu der gestern beschlossenen Resolution geschlossen Stellung genommen und daß sie lediglich infolge falscher Auffassung der Worte des Präsidenten getrennt gestimmt hätten. Es folgt Berathung des Antrags des Bundesraths zu den Beschlüssen des Reichstags über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des 1879er Zolltarifs. Der Beschluß des Reichstags würde nämlich zu dem auch vom Reichstage nicht beabsichtigten, zollpolitisch wie zolltechnisch unzulässigen Ergebnisse führen, daß Arbeitswaaren allgemein zollfrei zu belassen wären, während sie jetzt verschiedenen Zollsätzen unterworfen sind. Abg. Richter-Hagen glaubt Verwahrung einlegen zu müssen gegen ein etwaiges Präjudiz, welches aus dem Umstande hergeleitet werden könne, daß der Bundesrath eine Vorlage, die schon einmal das Haus passirt habe, in derselben Session zum zweiten Male vor das Haus bringe. Nachdem die Abg. Windthorst und v. Minnigerode sich mit der beschleunigten Berathung des Antrags des Bundesrathes einverstanden erklärt haben, wird derselbe ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. Es folgt hierauf die Berathung des Antrags des Reichskanzlers: Zur Vertagung des Reichstages vom 19. Juni bis zum 30. November 1882 die Zustimmung zu ertheilen. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die Regierung hätte gewünscht, daß die dem Reichstage zugegangenen Vorlagen noch erledigt, daß namentlich die sozialpolitischen Absichten des Hauses ihrer Verwirklichung entgegengeführt worden wären. Sie habe sich aber davon überzeugt, daß diese Vorlagen nicht zu Ende geführt werden können, weil es den Kommissionen nicht möglich sei, ihre Arbeiten vor Ablauf des Monats zu beenden und weil im Juli auf kein beschlußfähiges Haus zu rechnen sei. Es werde eine Unterbrechung der Session vorgeschlagen, weil die Regierung nicht wünsche, daß die werthvollen Vorarbeiten der Kommissionen verloren gehen. Sie wünsche, daß dann mit frischen Kräften die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der Termin sei so gelegt, daß die hohe Wahrscheinlichkeit auf ein beschlußfähiges Haus vorhanden sei. (Bravo.) Abg. Bamberger: Das vorgeschlagene Verfahren sei ein durchaus exceptionelles und lege er Verwahrung dagegen ein, daß aus demselben ein Präcedenz für die Zukunft hergeleitet werde. Redner antwortet auf gestrige Aeußerungen der Abgg. v. Kardorff und v. Bennigsen. Staatssekr. Dr. v. Bötticher antwortet auf die Bedenken Bambergers: es handle sich um keine exceptionelle, sondern um eine in der Verfassung vorgesehene Maßregel. Die Regierung sei von der Erwägung ausgegangen, daß mit dem Antrage dem Hause ein Gefalle geschehe; die Regierung sei gern bereit, auch den Sommer über zu sitzen. (Bravo). Abg. v. Kardorff tritt gleichfalls Bamberger entgegen. Abg. Richter-Hagen ist gegen den Antrag. Die Regierung stelle sich mit ihren Vorlagen in Widerspruch mit der Majorität des Hauses und ziehe dadurch die Sessionen in die Länge. Wenn die Session nicht vertagt, sondern geschlossen werde, so könne eine abermalige Durcharbeitung der sozialpolitischen Vorlagen durch die Regierung auf Grund der berufsstatistischen Erhebungen stattfinden. Wenn die Session vertagt werde, dann dürfte auch die Kommission nicht tagen. Abg. Dr. Windthorst ist der Regierung für ihren Antrag dankbar, weil er wünsche, daß die sozialen Vorlagen, namentlich das Krankengesetz, zu Stande kommen. Richter stehe diesen Vorlagen aber nicht so freundlich gegenüber. Abgg. Dr. Lasker und v. Minnigerode befürworten den Antrag, worauf derselbe gegen den größeren Theil der Fortschrittspartei angenommen wird. Abg. Grillenberger begründet nachstehende Interpellation: „Geschieht es im Auftrage der Reichsregierung oder der kgl. preußischen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags, sowie mit ihnen verkehrende Personen durch geheime Agenten der Berliner Polizei in der zudringlichsten Weise auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht werden? Und was gedenkt die Reichsregierung zu thun, um die Würde des Reichstages und die betreffenden Mitglieder des Hauses gegen diese Behandlung zu schützen?" Die Polizei verfolge die sozialdemokratischen Abgeordneten in auffälligster Weise, wie ihm von einem Polizeikommissar gesagt worden, nicht um sie zu überwachen, sondern um die Berliner Sozialdemokraten, welche mit den Abgeordneten Beziehungen unterhielten, herauszubekommen. Von der Polizei seien mehrfach Bestechungsversuche gemacht worden. Staatssekr. Dr. v. Bötticher: Die Reichsregierung habe eine solche Anordnung nicht erlassen und würde sie auch schwerlich erlassen. Er glaube auch nicht, daß Seitens der preußischen Regierung eine dergleichen Maßregel erlassen worden sei. Was die zweite Frage anlange, so könne die Reichsregierung so lange Nichts thun, als ihr nicht diesbezügliche Thatsachen bekannt seien, auf Grund deren sie vorgehen könne. Er könne dem Interpellanten nur den Rath geben, bei dem Vorgesetzten eines jener Polizeiagenten Beschwerde zu führen, nachdem er denselben dingfest gemacht. Abg. Dr. Lasker konstatirt, daß dergl. Fälle, wie sie Grillenberger erwähnt, auch ihm bekannt seien. Aber der Rath des Hrn. Dr. v. Bötticher werde nur eine Prügelei herbeiführen, wenn er ausgeführt werde. Er bitte die Reichsregierung Remedour zu schaffen. Abg. Dr. Günther-Berlin fordert die Regierung auf, eine Enquete über die Angelegenheit zu veranstalten und das Resultat derselben nach Wiederzusammentritt des Reichstags vorzulegen. Die Fortschrittspartei behalte sich bis dahin Anträge vor. Abg. Frohme: Wenn das Maß voll sei, so werden wir schon Mittel und Wege finden, der Polizei ein solches Verfahren gründlich zu verleiden. Es folgen Wahlprüfungen. Zu dem Bericht über Hänel's Wahl erklärt Abg. Dr. Hartmann, daß er vollständig auf dem Standpunkt des Reichsgerichtsbeschlusses stehe, welcher Stimmzettel für Druckschriften im Sinne des Gesetzes erklärt. Dagegen stehe er dem Antrag Wölfel (durch Gesetz zu bestimmen, daß Stimmzettel nicht in diese Kategorie von Druckschriften gehören, feindlich gegenüber. Abg. Winterer begründet den von den elsäß. Abgeordneten eingebrachten Antrag: Mitgliedern des Landesausschusses (von Elsaß-Lothringen), welche der deutschen Sprache notorisch vollkommen unkundig sind, darf der Präsident ausnahmsweise den Gebrauch der französischen Sprache gestatten. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen hätten zu dem vorliegenden Antrage noch nicht Stellung genommen. Derselbe sei jedoch schon um deswillen bedenklich, weil das abzuändernde Gesetz thatsächlich überhaupt noch nicht in Wirksamkeit getreten sei. Die Abgg. v. Stauffenberg, Dr. Windthorst und Dr. Sonnemann befürworten, Abgg. Petersen und v. Minnigerode bekämpfen den Antrag, worauf derselbe Annahme findet. Dafür stimmen Centrum, Fortschritt, ein Theil der Sezessionisten sowie der Konservativen. Staatssekretär Dr. v. Bötticher trägt die kaiserl. Botschaft betr. der Vertagung vor.

Berlin. Der Bundesrath faßte heute Beschluß über den Antrag Sachsens wegen erneuter Anordnungen auf Grund des § 28 des Socialistengesetzes. — Die Rede des Abgeordneten v. Bennigsen trägt bereits ihre Früchte. Die „Nordd. Allg. Ztg." warnt alle preußischen Kreise, welche ein Interesse daran haben, bei den bevorstehenden Landtagswahlen die Reform zu fördern, den Druck der Steuerexecutionen zu mindern, die Kommunen und Kreise zu unterstützen, vor der Wahl liberaler Abgeordneter, von der sie nichts zu erwarten hatten. — Für den Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter interessirt sich Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze. Die Fortschrittspartei ist mit Rücksicht darauf einverstanden, daß die Angelegenheit nicht über das Knie gebrochen werde, weshalb sie auf deren Berathung vor den Ferien nicht besteht.

Berliner Börse. Die Haltung der heutigen Börse blieb lustlos und schwach und die Meldung von Verhandlungen zwischen dem Khedive und der egyptischen Militärpartei konnten daran wenig ändern. Eisenbahnen angeboten. Marienburger und Ostpreußische Südbahn bei erregtem Geschäft je 1½ Proc. niedriger. Franzosen wichen um 2, Lombarden um 2¼ M. niedriger. Banken ganz still und schwach. Creditaktien 3½ M., Diskonto 1 Procent schlechter. Bergwerke und Industrien fest. Fonds still und unverändert.

Frankfurt a. M., 16. Juni, Abends. Credit 275½. Staatsbahn 278½. Lombarden —.. Ost Lose —. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 269,50. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. Fünfer Russen —. Alter Russen —. 2. Orientanleihe —. Neuerte Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungarische Papierrente —. Tdconto —. Cupvier —. Still.

Wien, 16. Juni, Abends. Credit 313,50. Fest. Fest.

Paris, 16. Juni. (Schluß.) Rente 81,50. Anleihe 114,55. Italiener 90,25. Staatsbahn 691,25. Lombarden 305,00. do. Prioritäten 269,00. Egypter 320,00. Oesterr. Goldrente 79½. Weichend.

Lokales und Sächsisches.

— König Albert hat genehmigt, daß der Hoflieferant Rönisch in Dresden das portugiesische Ritterkreuz des Christus-Ordens annehme und trage.

— Dem Gemeindevorstand Weichert in Furth ist das Albrechtskreuz, dem pensionirten Lehrer an der Waisenhausanstalt zu Pirna, Direktor Köhler, das Ritterkreuz 2. Klasse vom Verdienstorden verliehen worden.

— Es verlautet glaubwürdig, daß der Präsident des Reichsgerichts in Leipzig, Dr. Simson, Excellenz, demnächst in Ruhestand treten will. Als seinen Nachfolger nennt man den Staatssekretär des Reichsjustizamts, v. Schelling.

— Der Grund- und Hypothekenbuchführer beim Amtsgericht Freiberg, Aktuar Junghans, wurde das Verdienstkreuz verliehen.

— Im Stadtrath läßt man die Entscheidung darüber, wohin das von Prof. Dr. Hähnel in patriotischer Uneigennützigkeit der Stadt offerirte Brunnendenkmal, den heiligen Georg darstellend, zu stehen kommen soll, so lange ausstehen, bis Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel vom Reichstag zurück ist.

— Frau Emilie Auguste Schmiedel geb. Fiedler hat dem hiesigen Verein für Krankenpflege, dem die Verstorbene viele Jahre als Mitglied angehörte, 1500 Mark testamentarisch vermacht.

— Die für nächsten Montag angesetzte Trauung des Herrn Grafen Henkel von Donnersmarck mit Fräulein von Fabrice, Tochter unseres Kriegsministers, hier, kann leider wegen eingetretener Krankheit der Letzteren an diesem Tage nicht stattfinden und mußte deshalb verschoben werden.

— In der gestrigen 5. Ziehung der Albertvereins-Lotterie sind folgende größere Gewinne gezogen worden: Nr. 43037 Gewinn Nr. 11 (M. Schietzold, München: „Auf Capri", 1000 M.); Nr. 57631: Gewinn Nr. 14 (W. Anemüller, Dresden: „Ave Maria", 500 M.); Nr. 45842: Gewinn Nr. 21 (W. Hasemann, Karlsruhe: „Am Gartenpförtchen", 500 M.); Nr. 97477: Gewinn Nr. 31 (G. Hammer, Dresden: Hochwild im Walde", 500 M.); Nr. 55487: Gewinn Nr. 39 (Anna Weise, Dresden: „Aus dem Edmundsgrunde", 300 M.); Nr. 14343: Gewinn Nr. 41 (H. C. Hempel, Düsseldorf: „Dorflandschaft", 300 M.); Nr. 75805: Gewinn Nr. 58 (R. Schlüter, Dresden: „Römischer Hirtenknabe", Bronzestatuette mit Serpentinsteinpostament, 300 M.); Nr. 51143: Gewinn Nr. 73 (B. Schneider, Blasewitz: „Großvaterstein in Nordböhmen", 200 M.); Nr. 41027: Gewinn Nr. 80 (E. v. Raven, Düsseldorf: „Tellskapelle", 200 M.); Nr. 6558: Gewinn Nr. 81 (M. Claus, Blasewitz: „Abend an der Elbe", 200 M.); Nr. 84380: Gewinn Nr. 90 (H. Gäschl, München: „Friedrich der Große und Voltaire", Bronzegruppe, 200 M.).

— In den diesjährigen großen Uebungen des k. s. Armee-Korps werden von den Mannschaften des Beurlaubtenstandes Reservisten verschiedener Jahrgänge der Infanterie, Schützen, Jäger,